

hard: „Die SPD verhindert die rechtzeitige Vorsorge für den Notfall.“

Erhard beschwor die Krisen um Berlin, Kuba und Südostasien, die langen Ostgrenzen „ohne natürlichen Schutz“ und den schmalen Raum der Bundesrepublik mit seinen großen industriellen Ballungsgebieten und behauptete: „Ohne entsprechende Maßnahmen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung verlieren der Verteidigungswille unseres Volkes und die militärische Abschreckung, die uns bisher Frieden und Freiheit gewährleistet hat, ihre Glaubwürdigkeit.“

Nach der Kanzler-Rede, die „Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen zugleich“ übertraf („Süddeutsche Zeitung“), hielten die Sozialdemokraten Kriegsrat und disponierten um: Statt des Hamburger Innensenators und Verteidigungs-Schattenministers Helmut Schmidt, der wie ein Fußballspieler der Reservebank auf der Bundesrats-Empore bereit saß, um eine gemessene staatspolitische Rede zu halten, wurde Faustkämpfer Schmitt-Vockenhausen ins Gefecht geschickt.

Der bullige Hesse, Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses, versuchte darzustellen, daß nicht die Unzuverlässigkeit der Opposition, sondern die Unfähigkeit der Bundesregierung die Glaubwürdigkeit der Abschreckungs-Strategie beeinträchtigt. Er rechnete Erhard und Höcherl vor, sie hätten den zivilen Bevölkerungsschutz „sträflich“ vernachlässigt:

- ▷ Der eingelagerte Medikamentenvorrat reiche nur für drei Wochen;
- ▷ für Ausweich- und Hilfskrankenhäuser seien lediglich acht Modelle geplant;
- ▷ Lebensmittelvorräte seien nicht eingelagert.

Schmitt-Vockenhausen — „Ich würde mich schämen... wenn ich als Minister so versagt hätte, Herr Höcherl!“ — sprach allerdings zu laut, um wirkungsvoll zu sein. Zudem ging seine Rede mehrfach im Sprechchor der CDU/CSU-Fraktion unter, die auf die von Schmitt-Vockenhausen gestellte Frage, wer für dieses oder jenes verantwortlich sei, unisono antwortete: „Sie! Sie!!!“

Obwohl die Bundesregierung den zivilen Bevölkerungsschutz gegenüber dem Aufbau der Bundeswehr zweifellos vernachlässigt hat und deshalb im Wahlkampf verwundbar ist, sind der Kanzler und seine CDU entschlossen, die SPD nicht aus dem Notstands-Schwitzkasten herauszulassen.

Die Christdemokraten sind auch überzeugt davon, daß sie einen Keil zwischen Willy Brandt, der weiß, daß er nach einer SPD-Wahlniederlage im Herbst nicht zum drittenmal Kanzlerkandidat werden wird, und seinem Rivalen Fritz Erler treiben können. In der Tat war es Brandt, der aus Sorge um die Wahlstimmen der Gewerkschaftsmitglieder die Nein-Parole ausgegeben hatte, während Erler sich bis zuletzt bemühte, eine Notstands-Einigung mit der CDU zustande zu bringen.

Um diesem Links-Appeal Willy Brandts zu begegnen, hat die CDU beschlossen, der links von der SPD stehenden DFU Wahlhilfe zu leisten. Der CDU-Funktionär Butterhof erklärte, seine Fraktion habe bergeweise Briefe von Notstandsgegnern bekommen, die einzeln beantwortet würden. In diesen Antwort-Briefen verteidigen die Christdemokraten ihre Notstands-Vorstellung-

gen, belehren aber die Petenten: „Wenn Sie SPD wählen wollen und gleichzeitig entschiedener Notstandsgegner bleiben, sind Sie in der falschen Partei.“ Denn auch die SPD sei bereit, für die Notstandsgesetzgebung zu stimmen.

Unausgesprochene Moral: Notstandsgegner wählen besser DFU.

TELEPHON-KONTROLLE

Nachts im Schrank

Der geheime Brief eines hochgestellten Parteifreundes stimmte den jungen CDU-MdB Ernst Benda, Rechtsanwalt aus Berlin, sarkastisch: „Wie können wir denn ein Gesetz beraten, wenn wir es schon vor dem Lesen verbrennen sollen?“ Sozialdemokrat Hermann Schmitt-Vockenhausen, Vorsitzender des Innenausschusses im Bundestag und Verleger aus Bad Soden im Taunus, hieb in die Kerbe: „Wer das weiß, muß wohl nachts im Panzerschrank schlafen?“

Auch die Partei-Oberen der Christ- und Sozialdemokraten bekundeten wegen der Geheimpost Einigkeit. SPD-Partei-Vize Herbert Wehner mokierte

noch beharrte er auf seiner Meinung, die Abhörabsichten müßten vorerst „eine Familienangelegenheit“ bleiben.

Den Fraktionsexperten für Fragen des Telefon-Abhörens (Benda und Wagner bei der CDU/CSU, Schmitt-Vockenhausen und Jahn bei der SPD und Busse und Dorn bei der FDP) sollte deshalb der von Minister Krone formulierte Text dieser „Verbesserung“ lediglich vorgelesen, den anderen Abgeordneten nicht einmal bekanntgegeben werden.

In der Notstandsdebatte des Bundestages am Mittwoch letzter Woche ahnten denn auch nur die wenigsten Abgeordneten, was sich hinter einem Wortduell zwischen Innenminister Höcherl und SPD-Fraktionschef Erler verbarg.

Ein Geheimschreiben, so monierte der SPD-Mann, könne doch unmöglich als Ersatz für einen Gesetzentwurf gelten. Höcherl fuhr dazwischen: „Sie kennen den Gegenstand ganz genau.“ Erler parierte: „Aber Gesetze müssen vom ganzen Bundestag beschlossen werden! Das kann ich doch nicht allein tun!“

Die offizielle Regierungsvorlage, mit deren Hilfe die bisher von den Deutschen außerhalb der Legalität geübte



Süddeutsche Zeitung

Das deutsche Abhörwunder: „Leise, leise, kein Geräusch gemacht...“

sich beim abendlichen Moselschoppen mit Journalisten: „Ein geheimes Gesetz? Das ist ja wohl ein Witz.“ Und CDU/CSU-Fraktionschef Rainer Barzel ergriff Initiative und Telefonhörer, klingelte bei seinem Parteifreund Minister Krone an und begehrte: „Der Geheimschutz muß weg!“

Ursache der Bonner Späße und der Barzel-Aktion war ein Schreiben, das aus dem Hause des Vorsitzenden des Bundesverteidigungsrates, Bundesminister Heinrich („Papa“) Krone, per Kurier bei den Vorsitzenden der drei Bundestagsfraktionen eingegangen war. Darin hatte der Minister angeregt, die Abgeordneten sollten in den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses „im Hinblick auf die militärische Sicherheit eine Verbesserung“ einbauen.

Nun weiß zwar auch Papa Krone, daß der Bundestag nach Sitte und Jus keine Geheimgesetze beschließen kann. Den-

Post- und Fernsprechkontrolle bundesgesetzlich gemacht werden soll, hatte Bundesinnenminister Höcherl schon im Frühjahr 1964 durch Bundeskabinett und Bundesrat geschleust. Höcherl pries sein Werk, das seit Oktober vorigen Jahres als dreizehnseitige Drucksache in den Schreibtischen der Bundestagsabgeordneten schlummerte, als „Dokument der Rechtsstaatlichkeit“.

Tatsächlich ist in die sieben Paragraphen des Höcherl-Entwurfs eine Serie von Sicherungen eingeschraubt, die professionellen Telefonabhörern und Briefzensoren ihre Arbeit vergällen können. Von Staats wegen darf das durch Artikel 10 des Grundgesetzes garantierte Postgeheimnis danach nur gelüftet werden, wenn

- ▷ ein eigens bestellter Senatspräsident beim Bundesgerichtshof dies anordnet, weil
- ▷ die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit des Bundes, eines Landes oder der Statio-

nierungstruppen durch Hoch-, Landes- oder Verfassungsverrat gefährdet sind und eine

- ▷ Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert ist.

Auf jeden Fall, so will es Höcherl, sollen Verfassungsschutz, Militärischer Abschirm-Dienst, Bundesnachrichtendienst und alliierte Militärbehörden künftig Telefon und Briefschaften nur von solchen Einzelpersonen anzapfen dürfen, gegen die „tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht“ vorliegen, daß sie ein strafrechtlich erfaßbares Sicherheitsrisiko sind — und auch das nur unter Aufsicht eines Richters.

Unter dem Schock des Telefon-Abhör-Skandals vom Sommer 1963 (SPIEGEL 38/1963) waren die drei Westalliierten bereit, die Zensur deutschen Postverkehrs — zu der sie noch aus Besatzungszeiten ermächtigt sind — in deutsche Hände abzugeben. Aus Verhandlungen und Notenwechsel entnahm Bundesinnenminister Höcherl im März letzten Jahres, daß seine „liberale Lösung“ den westlichen Partnern als vollwertiger Ersatz ihrer Rechte erschien.

Zur Beratung des Höcherl-Gesetzes im Bundestag kam es aber nicht. Denn: Seit vorigen Sommer lud Minister Krone, als Vorsitzender des Bundesverteidigungsrats für Sicherheitsfragen zuständig, Vertrauensleute des Bundestages viermal zu Expertengesprächen.

Hauptgegenstand dieser Besprechungen war die Befürchtung, Höcherls Postkontrollgesetz könne die Vorsorge für die äußere Sicherheit zu stark einengen und behindern. In der Praxis sei es manchmal nötig,

- ▷ nicht nur die Postverbindung verdächtiger Einzelpersonen, sondern auch zwischen ganzen Gebieten zu überwachen, um vom Ausland her organisierten staatsgefährdenden Umtrieben auf die Spur zu kommen, und überdies

- ▷ den Transitverkehr nach dem Ostblock zu überprüfen.

Zu umständlich und zeitraubend sei auch der Plan, jede Kontrollaktion von der Genehmigung eines Bundesrichters abhängig zu machen. Praktischer und politisch richtiger sei es, die Innenminister des Bundes und der Länder zur Genehmigungsinstanz zu machen.

Der Bundesinnenminister sträubte sich allerdings, seinen Gesetzentwurf noch nachträglich mit solchen „Elementen der Rechtsunsicherheit“ (Höcherl) anzureichern. Den Verdacht wiederum, es gebe deshalb Streit zwischen ihm und seinem Ministerkollegen, wies Höcherl weit von sich: „Ich bin mit Herrn Krone besonders eng befreundet.“

Jedenfalls ging Sicherheitsbewahrer Krone („mein Grundsatz: safety first“) daran, die Wünsche der Praktiker gesetzesreif zu formulieren. Ergebnis: Sein vom 18. Mai datierter Brief an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen mit dem Vorschlag, den Höcherlschen Abhör-Gesetzentwurf entsprechend umzumodeln.

Krones Ministerialbeamte motivieren diese Aktivität ihres Chefs so: „Der Minister ist von den Abgeordneten gebeten worden, das Ergebnis der gemeinsamen Besprechungen zusammenzufassen und Formulierungshilfe zu leisten.“

Daß sie der Krone-Formel bereits zugestimmt hätten, wollen die sozialdemokratischen Mitwisser allerdings nicht wahrhaben. Schmitt-Vockenhausen: „Wir sind doch nicht verrückt, schon vorneweg ja zu sagen. Wir haben lediglich Wünsche zur Kenntnis genommen.“

DE-GAULLE-BESUCH

Kaffee im Schloß

Seltene Genugtuung wurde Staatssekretär Karl-Günther von Hase am Mittwoch letzter Woche zuteil: Kanzler Ludwig Erhard bescheinigte dem Bonner Pressechef vor versammeltem Kabinett, er habe sich während des De-Gaulle-Besuchs in Bonn völlig korrekt verhalten.

Der Grund für diese feierliche Vertrauens-Erklärung war, daß von Hase es



Pressesprecher von Hase
Loyal geschwiegen

trotz drängender Fragen von Zeitungskorrespondenten am Montag vorgezogen hatte, loyal („das deutsch-französische Verhältnis ist wichtiger“) den Mund zu halten, anstatt die Wahrheit zu sagen.

Dadurch war der Eindruck entstanden, von Hase habe am Samstag vorletzter Woche auf einer Pressekonferenz über das Ergebnis der Besprechungen zwischen Charles de Gaulle und Ludwig Erhard falsch berichtet und wider besseres Wissen voreilig einen Ausgleich der EWG-Differenzen sowie eine Konferenz der EWG-Regierungschefs noch in diesem Jahr angekündigt.

In Wirklichkeit hatte von Hase im Einvernehmen mit seinem Kanzler nur erklärt, was der französische Staatschef selbst vorgeschlagen hatte. Erst während der Pressechef vor der Presse sprach, stellten die beiden Staatschefs fest, daß sie — auch diesmal wieder — nur eine kurzlebige Eintracht beschworen hatten.

Der Vorgang: Vor dem Plenum der deutsch-französischen Konsultationsrunde am Sonnabendvormittag hatte Ludwig Erhard den Franzosen ein Papier übersetzen lassen, auf dem der für Wirtschaftsfragen zuständige Außenamts-Staatssekretär Lahr auf Wunsch

des Kanzlers und über Nacht das Ergebnis der Verhandlungen vom Freitag festgehalten hatte. Darin stand, daß sich beide Seiten über die meisten Schwierigkeiten, darunter

- ▷ den Wegfall von Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EWG,
- ▷ den Einbau der Energie und Verkehrspolitik in die EWG,
- ▷ die Zuständigkeiten der supranationalen Organe in Brüssel und Straßburg und
- ▷ eine einheitliche Handels-Politik auch gegenüber den Ostblock- und den Entwicklungsländern,

einig geworden waren. Die einzige verbleibende Differenz bestand über die Finanzierung des EWG-Agrarfonds, der Frankreichs Bauern erhebliche materielle Hilfe in Aussicht stellt (siehe Seite 76).

Nachdem das Lahr-Papier vorgetragen worden war, reagierte de Gaulle zunächst vorsichtig: Das Ergebnis sei zwar sehr erfreulich, aber nun müßten die Experten das Ganze noch prüfen und präzisieren.

Dazu Erhard: „Ich selbst bin überrascht, daß wir der Einigung so nahe sind.“

De Gaulle beteuerte seine EWG-Treue und bekannte sich zur Stärkung der Sechsergemeinschaft. Aber: „Ausschlaggebend ist allerdings die Agrarfinanzregelung, und zwar noch in diesem Monat. Sie hängt von unseren beiden Ländern ab. Danach können wir uns mit der politischen Union befassen.“ Fordernd: „Eine Klärung ist deshalb wohl im beiderseitigen Interesse wünschenswert.“

Erhard begriff nun, daß sein Gast mit Diplomategeschick just das anvisierte, was Bonn auf jeden Fall verhindern wollte: eine Koppelung zwischen Agrarfinanzen und politischer Europa-Konferenz.

Unverblümt sagte der Kanzler dem General, daß er auch Rücksicht auf die deutsche Öffentlichkeit nehmen müsse, „die nicht versteht, daß wir mehrmals (nach Getreidepreisopfer und MLF-Aufschub) einen Preis für Europa zahlen sollen“. Erhard eisern: „Ich lehne jedes Junktim ab.“

Charles de Gaulle wich aus: Frankreich sei keineswegs gegen eine europäische Gipfelkonferenz über eine politische Union. Doch müsse man immer die Situation in Brüssel in Betracht ziehen: „Wenn es dort keine Einigung gibt, dann kann es nur eine Konferenz in schlechter Atmosphäre geben.“

Premierminister Pompidou suchte die Zuspitzung abzubiegen: Die Experten sollten das deutsche Papier über Mittag durchberaten und eine gemeinsame Arbeitsbasis herstellen.

Nun lenkte der General weiter ein: Er wünsche keineswegs einen Kuhhandel, denn die EWG liege im Interesse beider Länder.

Erhard wiederholte: „Die Bundesrepublik kann nicht allein alle Opfer bringen.“ Er hatte sich fest vorgenommen, lieber auf die politische Europa-Konferenz zu verzichten als dem General noch einmal nachzugeben.

Da gab de Gaulle endlich, wenn auch nur für kurze Zeit, selber nach: „Dann soll jeder von uns für sich erklären, beide Regierungen seien sich einig, daß die Verhandlungen in Brüssel fortge-